

# Die Zukunft der Sicherheit in Europa

Autor(en): **Stürmer, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **70 (1990)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164791>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Michael Stürmer

## Die Zukunft der Sicherheit in Europa

*«Europe has entered a new, promising era. Central and Eastern Europe is liberating itself. The Soviet Union has embarked on the long journey toward a free society. The walls that once confined people and ideas are collapsing. Europeans are determining their own destiny. They are choosing freedom. They are choosing economic liberty. They are choosing peace. They are choosing a Europe whole and free. As a consequence, this Alliance must and will adapt.»*

London Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in London on 5th–6th July 1990.

Mark Twain hat geraten: *«Never forecast if you can help it, especially the future.»* Vierzig Jahre lang konnte man sich auf den stalinistischen Feind im Osten verlassen. Seit 1985 entdeckten wir, dass er schwächer ist als er glaubte und als wir glaubten, dass er vorgeschobene Bastionen ohne Gegenleistung preisgibt, dass er Beruhigung und Kompensation braucht, und dass unsere Sicherheit mit der seinen langfristig untrennbar verbunden ist.

Heute bestimmt uns noch immer Sorge vor der Sowjetunion, aber zunehmend auch Sorge um die Zukunft des östlichen Riesenreiches. Zur Erinnerung: 9000 Kilometer Tiefe in Ostwestrichtung, Nordsüderstreckung vom Eismeer bis zu den Subtropen, 260 Millionen Menschen, 5 Millionen Soldaten, 30 000 nukleare Gefechtsköpfe, 600 000 Mann westlich vorwärts stationiert. Aber was bedeutet das noch?

Stalins Wachstumsmodell hat nach den Erfolgen in den fünfziger Jahren zur Stagnation geführt. Die Sowjets erkannten Anfang der achtziger Jahre dass die Dritte industrielle Revolution ohne sie stattfindet. Der Libanon-Krieg, SDI, Tschernobyl sind Stichworte. Aber wenn Imperien zerfallen, tun sie es nach aller historischen Erfahrung nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall: *not with a whimper but with a bang*. Das Ringen um die sowjetische Erbfolge hat bereits begonnen, in Form von Bürgerkriegen im islamischen Süden und Sezessionen im Westen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Es kann sein, dass in zehn Jahren die Sowjetunion dem zaristischen Russland nach der Niederlage gegen Japan 1905 verzweifelt ähnlich sieht, nur mit dem Unterschied, dass das Russland des Jahres 2000 noch immer

nukleare Weltmacht sein wird. Im übrigen aber déjà-vu: die alte Religion zusammengebrochen, eine neue in den Kellern vorbereitet: die eisernen Reifen um das imperiale Fass zersprungen oder verrostet: Kirche, Zarentum, Geheimpolizei, Armee, Technik, alles ist alt geworden.

Die Welt von Jalta ist nicht mehr, den Kalten Krieg hat Stalins Reich verloren, und wie nach jedem verlorenen Krieg, sucht nicht nur das äussere Imperium seine Freiheit, sondern das Innere sucht eine neue Gestalt. Mit der Sowjetunion aber ändert sich das bipolare Weltsystem. In dieser Lage bleibt, nach einem Wort Bismarcks, das weit vorausschauende Rechnen mit vorhandenen Faktoren. Jedes überlieferte Konzept, jeder Kontext ist zu prüfen gegen die neue Realität. Nicht Visionen des ewigen Friedens und des neuen Menschen sind gefragt, von denen die Welt seit 1917 genug hat, sondern Strukturen und Elemente der Sicherheit im breitesten Sinn, welche «reassurance» geben, zusammen mit Kriegsabschreckung Krisenmanagement erlauben, ebenso wie langfristiges Eindämmen neuer und alter Risiken und Gefahren. Auch geht es darum, nukleare Waffen als tragendes Element und letzte Mahnung zur gewaltfreien Konfliktlösung einzubauen in die künftigen Sicherheitsstrukturen, nicht anders als langfristige Rüstungskontrolle und kooperative Verifikation. Dabei aber muss eine dreifache Einsicht erhalten bleiben:

- dass Menschen einander nicht misstrauen, weil sie Waffen tragen, sondern dass sie bewaffnet sind, weil sie einander misstrauen;
- dass ein Weltsystem allein auf Rüstungskontrolle sowenig zu gründen ist wie allein auf Rüstung; beides gehört in die Kategorie der Mittel, nicht der Zwecke;
- dass die Geschichte nicht zu Ende geht, die Zukunft nicht einem optimierten Rechnermodell folgt, sondern Frieden auch in Zukunft mit Vernunft und fester Hand gestiftet werden muss.

In drei Stufen ist vorzugehen, die in drei Thesen zu beschreiben sind:

1. Die Revolutionen des Ostens sind noch nicht zu Ende;
2. Die sowjetische Drohung sinkt, die Gefahr der Instabilität steigt;
3. Die westlichen Sicherheits- und Integrationssysteme haben sich bewährt, können aber in der neuen Lage nur durch tiefgreifenden Wandel überdauern.

### **Die Revolutionen des Ostens sind noch nicht zu Ende**

Was wir in den vergangenen Jahren und vor allem 1989 erlebten, war nicht *eine* Revolution, sondern waren deren drei: eine sowjetische, eine osteuropäische und eine deutsche, welche pari passu eine Revolution der

europäischen Sicherheitssysteme einleitete. Keine dieser Revolutionen hat schon ihr Ende gefunden, von keiner lässt sich sagen, welchem Endpunkt sie zustrebt, oder, konkreter, wo sie in zwölf, vierundzwanzig, in sechzig Monaten stehen wird. Gegenwärtig ist der Unterschied zwischen *long term* und *short term*, dass *long term* noch das nächste Wochenende umfasst.

Die massgebende, alle anderen in Gang setzende Revolution ist Perestroika. Gorbatschow selbst hat 1987, als er 70 Jahre bolschewistischer Revolution zu feiern hatte, von der «zweiten russischen Revolution» gesprochen. Sie begann in der Tradition Peters des Grossen und Alexanders II. als Revolution von oben. Aber heute gilt das Wort eines klugen Polen beim letzten deutsch-polnischen Forum im Februar in Posen: Perestroika sei nicht Programm der Erneuerung, sondern Prozess des Zerfalls.

Perestroika begann in der Tat als Programm der Erneuerung, und Glasnost sollte den Sowjetmenschen beides zeigen: das trostlose Erbe der Vergangenheit und die Tatsache, dass keine anderer Weg in die Zukunft führe als der des Michael Sergejewitsch Gorbatschow. 1985 war Gorbatschow der Meinung, oder stellte es jedenfalls in Aussicht, dass binnen fünf Jahren die Erneuerung im wesentlichen geschafft sei. Er, das KGB, die Armee und die Wissenschaftler, die die Reformkoalition bildeten, scheinen wenig gewusst zu haben vom wahren Zustand des Reiches.

Heute erweist sich, dass Perestroika die Krise, die es zu bewältigen galt, noch einmal verschärfen musste. Denn es geht nicht mehr um technische Korrekturen und kleine Reformen wie am Anfang. Es geht um Umbruch oder Untergang. Gorbatschow hat die Initiative verloren, und ob es noch Führung gibt, ist offen. Die Bilanz nach fünf Jahren Gorbatschow ist doppeldeutig: Das Machtgefüge ist in Bewegung, aber es wird von Gorbatschow nicht mehr beherrscht und bestimmt: zum ersten Mal in der russischen Geschichte trennt sich das geistige Schwert vom weltlichen, das Russland Boris Jelzins ist der imperialen Bürde müde. Die KPdSU stellt sich den Sowjetmenschen dar als Teil des Problems, nicht mehr als Teil der Lösung: Der Präsident steht mit dem beweglicheren Teil des Staatsapparats gegen die Partei, deren Spaltung fast unausweichlich erscheint. Die Gesellschaft aber hat sich nur wenig bewegt: 5 Millionen Angestellte der Koooperative sind ein Hoffnungszeichen. Aber die Infrastruktur bleibt gelähmt, Energie wird knapper, die Versorgung mit dem Wichtigsten unterbleibt, das Ende ist offen: ein erneuertes Imperium oder Revolten, Zerfall und Bürgerkriege im letzten der grossen Bündel- und Kolonialreiche. Wie auch immer, für den Westen, für ganz Europa bleibt das nachstalinistische Russland das Sicherheitsproblem schlechthin: wenn sich auch die Intentionen geändert haben, so sind doch viele der Fähigkeiten geblieben, vor allem aber ist neue Unberechenbarkeit hinzugetreten.

Russland ist auf lange Zeit mit seinen inneren Problemen präokkupiert. Aber irgendwo gibt es eine Schmerzschwelle angesichts der imperialen Verluste, des Machtabbaus, der Rückführung ungeschlagener Armeen, der Wirtschaftsmisere: dann wird es in Russland kalt und rundherum auch. Die Armee, der die Rüstungskontrolle diktiert wird, die zurückgeführt und in Teilen aufgelöst wird, war lange das einigende Prinzip des Sowjetreiches. Heute wird sie mehr und mehr zum Risikofaktor und zum potentiellen Instrument einer anderen Politik. Der Westen muss daher über drei Fragen nachdenken:

- Kompensationen ausserhalb des Sicherheitsbereichs,
- Reassurance für die Revolution von oben,
- Neugestaltung westlicher Sicherheit.

### *Die Revolutionen Osteuropas*

Als der innere Stalinismus der Sowjetunion zerbrach, konnte die stalinische Landkarte Osteuropas nicht halten. Für Perestroika in Moskau und Stalinismus in Ost-Berlin oder Prag war die Welt zu klein. Die Dominotheorie funktionierte, aber in der anderen Richtung. Nach dem Scheitern der Giereckschen Wachstumspläne Ende der siebziger Jahre ging Polens Politik mit einer neuen Verfassung schwanger. In Ungarn wurden schon seit 20 Jahren Marktwirtschaft und Pluralismus vorgedacht. Über die DDR hat man 40 Jahre lang gesagt, nur Deutsche könnten den Kommunismus funktionieren machen. Seit 1897 aber wurde zunehmend deutlich, dass sie es auch nicht können. Der Sozialpakt zerfiel: «*Wir tun so, als ob wir arbeiten, und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt.*»

Damals verschärfte sich auch der Konflikt zwischen Stalinisten in Ost-Berlin und Reformern in Moskau: *Soft signals* kamen von den Russen, es gebe *eine* deutsche Nation, und die Mauer sei nicht ihre Sache. Energieverschwendung und Energiemangel wurden fühlbar und unbewältigbar. Die SED war isoliert von der Aussenwelt, von Moskau und zuletzt auch von der Bundesrepublik. Am 7. Oktober 1989, als in Dresden Blut geflossen war und in Leipzig Massendemonstrationen anstanden, kam Gorbatschow nach Ost-Berlin, um Glückwünsche zu überbringen. Nach zwei Stunden lautstarken Gesprächs mit Honecker sagte er in die Kameras der Welt: «*Wer zu spät kommt, den straft das Leben.*» Das hiess, die sowjetischen Panzer würden nicht rollen, und damit war der Schrecken von 1953 gebannt und ebenso die Bestandesgarantie der SED-Diktatur gelöscht. Von da an war der Sturz der Stalinisten sicher. Dass er so schnell und gründlich kommen würde, entzog sich jeder Berechnung und jeder Steuerung. Auch die Russen wurden überrascht und versäumten es, ihren Preis zu nennen. Ein Naturereignis spielte sich ab.

*Die europäische Revolution*

Die polnische und ungarische Revolution konnte das äussere Imperium der Sowjets überstehen. Die deutsche stellt es in Frage, ja sie ist Anfang vom Ende des äusseren Imperiums in Osteuropa. Das Veto, das Stalin und die Rote Armee sich 1945 mit der SBZ und dann mit Gründung der DDR verschafften, wird nun heruntergestuft zum alten *droit de regard*, dass das Russland der Zaren von Friedrich dem Grossen über den Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg immer beanspruchte und in der Weimarer Zeit qua KPD und Rapallo-Vertrag zurückgewann. Die DDR war Denkmal des Sieges, Eckpfeiler des Imperiums, Erpressungsmittel gegen die Deutschen, Lieferant von Maschinen. Ersatz steht nicht in Aussicht, ausser in der Erfüllung der Technik-Lieferungen.

Das europäische System der Nachkriegszeit ist im Umbruch. In seinem mitteleuropäischen Zentrum war der Kalte Krieg der Krieg um die Erbfolge des Deutschen Reiches, das Resultat die deutsche Spaltung. Den Kalten Krieg hat die Sowjetunion verloren. Jetzt stellt sich von neuem die Frage von Hegemonie und Gleichgewicht. Die sowjetische Hegemonie aber ist durch Osteuropas Revolutionen aus den Angeln gehoben. Für deutsche Hegemonie sind die Deutschen nicht bereit, ausser im wirtschaftlich-monetären Bereich, und die übrigen Europäer noch weniger. So bleibt nur das Hegemonialkonsortium Westeuropas mit Nordamerika, qua EG und NATO, mit dem vereinigten Deutschland als mitentscheidendem Partner.

Das europäische Gefüge hat sich verändert, Frankreich ist mehr an den Rand gerückt, das gleiche gilt für England: die nukleare Machtwährung sinkt, die technisch-wirtschaftliche steigt. Weil dem so ist, müssen die Deutschen ein Höchstmass an Kontinuität, Klarheit und Berechenbarkeit an den Tag legen. Das heisst in operativen Begriffen:

- Deutsche Einheit wird gemäss Einigungsvertrag erfolgen nach Art. 23. Das Grundgesetz muss redaktionell angepasst, aber darf nicht in grosser Verfassungsdebatte völlig neu verhandelt werden, sonst wäre Verlust an innerer und äusserer Berechenbarkeit die Folge. Auch an einem Volksentscheid besteht kein Bedarf, schon deshalb nicht, weil niemand die Frage beantworten kann, was bei einem negativen Ausgang geschehen sollte. Die grosse Verfassungsdebatte wäre die offene Einladung an alle politischen Kräfte, ihr Gewicht zu verstärken. Das könnte dazu führen, dass sich der Industriestandort Deutschland und der Bündnispartner Deutschland bis zur Unkenntlichkeit veränderten.
- Europäische Integration ist nicht nur fortzuführen, sondern kraftvoll zu verstärken. Schon aus dem Grunde, dass der Fahrplan der Einheitlichen Europäischen Akte durch die Revolutionen Osteuropas verändert, ja überholt wurde. Jetzt steht der EG die zweite grosse politische Bewäh-

rungsprobe bevor: Integration des vereinten Deutschland. Deshalb geht der Zug, beherzt in Paris und Bonn, in Richtung Währungsunion und Politische Union.

- Die NATO-Integration ist zu bestätigen, verbunden mit einem tiefgreifenden Strategiewandel im Westen, der Abbau von SNF und INF, Revision der Vorverteidigung und Nachdenken über Ersteinsatz nuklearer Waffen umfasst, aber auch Selbstbeschränkung bezüglich Stationierungen in Ostdeutschland, die KSZE-Verifikationsbehörde in Berlin und Abzug der Roten Armee aus dem Osten, der ohnehin, schon technisch, noch viele Jahre brauchen wird. Der NATO-Gipfel in London ging erste, historische Schritte in diese Richtung.
- Die KSZE ist als Institution zu verfestigen, aber als Sicherheitssystem kann sie nicht dienen. Auch wenn der Warschauer Pakt militärisch obsolet ist, wird das Atlantische Bündnis noch gebraucht. Denn Russland bleibt, und die KSZE kann NATO niemals ersetzen, denn allein qua NATO sind die Nordamerikaner in Europa, und ohne Nordamerika und die nukleare Supermacht Amerikas steht jedes europäische Schachbrett schief.

### **Die Drohung sinkt, die Gefahr steigt**

Damit ist nach der Gefahrenlage zu fragen, auf die sich westliche Sicherheitspolitik künftig einzustellen hat. Die Sowjettruppen in Osteuropa hatten bis Sommer und Herbst 1989 vier politische Funktionen, die mittlerweile alle obsolet sind:

- kommunistische Oligarchien zu stützen,
- den Westen zu bedrohen durch Angriffe aus dem Stand mit kurzer Vorbereitungszeit oder Angriff aus der Tiefe mit langer Vorbereitungszeit, und Westeuropa zur Geisel gegen die USA zu nehmen,
- durch das äussere Imperium das innere Imperium zusammenzuhalten,
- das *Glacis* des Mutterlandes zu bewachen.

Von alledem ist wenig oder nichts geblieben. Gefahr droht der Sowjetunion nicht von aussen, sondern von innen, und das gewaltige Militärpotential, das für Bürgerkrieg und Polizeifunktionen wenig taugt, trägt nicht zur Lösung bei, sondern erschwert sie nur. Abbau der Truppen, Konversion der Rüstungsindustrie sind deshalb ernste und langfristige sowjetische Ziele, deren Realisierung allerdings gerade erst und mit Schmerzen beginnt. Hindernisse sind allgemeine Schwerfälligkeit, wachsende sozialpolitische Härten und das Gewicht der Militärs — die allerdings bisher für Perestroika waren. Prognosen werden zunehmend unsicher.

Die Drohung sinkt, die Gefahr der Instabilität steigt. Das System der hohen Konfrontation mit hoher Stabilität geht zu Ende; es beginnt eine Phase niedriger Konfrontation mit niedriger Stabilität. Was ist 1989 aus der Bedrohung geworden? Statt sowjetischer Übermacht nun sowjetischer Zerfall und, damit verbunden, die Kriege und Bürgerkriege um die sowjetische Erbfolge, die daraus entstehen oder noch entstehen werden. Kann die Sowjetunion den Prozess der deutschen Einheit noch einmal anhalten auf halbem Wege, und was hätte dies zur Folge? Kann sie qua deutscher Neutralität zuerst die NATO aushöhlen und dann der EG den Sicherheitsrahmen nehmen? Das alles war bis zum zweiten «Zwei-plus-Vier»-Treffen in Ost-Berlin noch eine sowjetische Denkmöglichkeit — der Vertragsentwurf des Ministers Schewardnadse beweist es —, aber die Bush-Gorbatschow-Begegnung muss den Sowjets klargemacht haben, dass Amerika auf die Partnerschaft mit den Deutschen setzt und nicht auf ein Kondominium über Deutschland. NATO-Gipfel und Siebener-Wirtschaftsgipfel rückten die Deutschland-Frage in die Mitte der grossen Politik zwischen dem Westen und den Sowjets; der Kanzler kam Mitte Juli aus Moskau zurück mit festen Zusagen: Ganz Deutschland gehört der NATO an, diese reformiert sich, rüstet ab und um; KSZE gibt den Sowjets Gesichtswahrung und Westorientierung.

Vieles davon braucht Zeit. Daher ist die Frage der Restdrohung zu stellen, die nach dem Zerfall des Warschauer Pakts noch bleibt: eine Weltmacht, die schwach ist, ist noch schwieriger als eine Weltmacht, die stark ist. Es ist für die *Strategic Community* gegenwärtig fast unmöglich, einen zureichenden analytischen Rahmen zu entwickeln. Friedlicher und sanfter Übergang «*from Empire to Commonwealth*» ist der unwahrscheinlichste Verlauf. Allerdings ist festzustellen, dass die Vornestationierung der sowjetischen Streitkräfte in Europa nicht nur Rahmen und freundliches Umfeld verloren hat, sondern dass der Abbau an Donau und Moldau schnell in Gang kommt, das Wiener Mandat für VKSE I gewissermassen überholend. Man soll aber dabei das sozialpolitische Problem nicht unterschätzen, nicht die wachsende Unruhe in den Streitkräften und das Kräfte-messen Gorbatschows mit den Militärs. Vom im Dezember 1988 angekündigten Rückzug von 50 000 Mann und 5000 Panzern aus Osteuropa ist mehr als die Hälfte vollzogen. Die Schneide der Bedrohung ist weggenommen. Die Stosskraft an Panzern ist qualitativ reduziert. Auch wenn gegenwärtig die Rückzüge aus der Noch-DDR verzögert werden und die Wiener Truppenverhandlungen nicht gut vorankommen, ist bis Ende 1990 damit zu rechnen, dass die noch auf 3—4 Jahre verbleibenden sowjetischen Streitkräfte in der DDR deutlicher verteidigungsorientiert und besser balanciert sind. Jedenfalls brauchen sie mehr Mobilisierungszeit; der Westen gewinnt Warnungszeit. Ihr Zustand gibt zu sorgenvollen Blicken Anlass:



Schwarzhandel, Desertionen, Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung beginnen. Dazu kommt, dass die Staaten Osteuropas zwei Drittel ihrer Divisonen reorganisieren; es ist die grösste Reorganisation seit 1946/47.

Die nationalen Interessen und Gefahren werden seit 1987 stärker betont. Die NVA ist in Auflösung, und niemand soll sie hindern. Man muss nur darauf achten, dass Waffen nicht in falsche Hände kommen. Es ist nicht mehr denkbar, dass die Osteuropäer beim Angriff gegen Westeuropa mitmachen — es sei denn, es redete jemand den Polen das Absurde ein, die Oder-Neisse-Grenze werde nach Osten verschoben. Die sowjetischen Garnisonen sind in manchen Ländern isoliert, in anderen finden sie noch freundliche Umgebung. Wenn nicht plötzliches Anhalten oder ein Rückschlag kommt, geht die Drohung auf die Hälfte zurück. Allerdings: Einige Teile der Roten Armee sind noch immer voll effizient, z.B. luftbewegliche Truppen. Dies ist die strategische Reserve.

In dieser Lage ist Rüstungskontrolle für die Reduzierung der Drohung weniger wichtig als bisher, aber noch wichtiger für den Umbau der Sicherheitsarchitektur. Ein VKSE-Agreement Ende 1990 stabilisiert diese Entwicklung. Danach aber geht es darum, unter keinen Umständen den Sowjets eine Präsenz in Ostdeutschland oder Osteuropa einzuräumen, sondern nur noch Fristen für geordneten Abzug zu vereinbaren: Jedes Festschreiben sowjetischer Präsenz bei 195 000 Mann, wie noch im Januar zwischen Bush und Gorbatschow abgesprochen (etwa 50 000 in Polen, 145 000 in Ostdeutschland), würde die deutsche Lage im Bündnis unerträglich labil machen, Neutralismus begünstigen, den Ruf nach Entmilitarisierung ermutigen. In Krisenzeiten wäre dies ein Gefüge, das eine Prämie setzt auf schnelle Präemption. In Spannungszeiten würde es den Sowjets erlauben, wie im Frühjahr in Litauen, das Spiel der Einschüchterung zu spielen.

### *Déjà-vu und global challenges*

Zum Déjà-vu gehört Osteuropa, vor allem Südosteuropa, wo der eiserne Deckel sowjetischer Hegemonie weggenommen ist. Im einem Fall geht es um die notorische Schwäche von Demokratien, die über Armenhäusern errichtet werden; im anderen um die Balkanisierung des Balkans. Ältere Konflikte kommen aus der Kälte, tauen auf und verbinden sich mit neuen Gegensätzen: Konflikte um Energie, Ressourcen und Umwelt, dazu kommt der Wettlauf nach Westen. Litauens Ungeduld und die der anderen baltischen Republiken stellen Gorbatschow auf die schwerste Probe: Seit Jelzins Wahl und der Souveränitätserklärung der Ukraine, ist Litauens Selbständigkeit nicht mehr Frage des Prinzips, sondern der Zeit. Das beweisen die Verhandlungen zwischen Moskau und Wilna.

Zu den neuen Ungewissheiten gehört der islamische Krisenbogen von Kaschmir über Pakistan, Afghanistan, den sowjetischen Transkaukasus bis Irak und zur Intifada. Die Sowjetunion enthält in sich, wie jetzt deutlicher zu sehen ist, einen dramatischen Nord-Süd-Konflikt, die sowjetische Intifada ist wohl nur eine Frage der Zeit. Je mehr Gorbatschow aber auf ältere russische Kräfte wie die Kirche setzt, desto mehr erscheint Moskau im Süden als weisse Kolonialmacht — und wird den Weg älterer Kolonialmächte gehen. Dabei sollte man die Energiedimension nicht übersehen: Die sowjetische Bohrindustrie ist um Baku konzentriert, das Öl wird knapper und teurer, die islamischen OPEC-Länder gewinnen in den neunziger Jahren wieder jene Waffe, die ihnen der Irak-Iran-Krieg entwendet hatte (vgl. Seite 701).

Dazu kommen weltweit Veränderungen tektonischer Art: Wüstenbildung und *global warming*, Bevölkerungswachstum und Massenwanderungen, der Kampf um Wasser und Schatten, um Energie und Rohstoffe. Die Verschmutzung der Atmosphäre wird zum internationalen Konfliktstoff. Bei alledem ergeben sich Allianzen, in welche Russland nicht selten dieselben Sorgen einbringen wird wie der Westen.

Aber der Rüstungswettlauf wird, während am chemisch-konventionellen unteren Ende reduziert wird, am oberen High-tech-Ende verstärkt weitergehen. Information und Intensität sind die Stichworte, und bisher gibt es dafür keine Rüstungskontrollformel. Toxische Kriegführung wird möglicher als bisher. Das alles legt es nahe, zusammen mit den konzeptionell beweglicher werdenden Sowjets über *reasonable sufficiency* und *minimal nuclear deterrence* nachzudenken als zweigeteilte Versicherungspolice, mehr miteinander als gegeneinander. Mehr noch: Ein START II-Agreement mit einem Restpotential von 2000 *warheads* auf beiden Seiten ist Ende der neunziger Jahre nicht undenkbar. Nukleare Waffen würden dann in aller Form und in strategischer Zuspitzung *weapons of last resort*, Mittel existentieller Abschreckung und wechselseitiger Versicherung. Voraussetzung bleibt, dass der ABM-Vertrag hält.

Bei alledem werden Streitkräfte eine Funktion haben, aber zum Teil anders als bisher:

- um Balance zu halten,
- um Strukturen zu schützen und abzustützen,
- um der Verifikation zu dienen,
- als chirurgisches Instrument zur Krisenprävention,
- als *fleet in being*,
- zuletzt und vor allem als Versicherungspolice.

Aber die Welt ist zu zerbrechlich und zu interdependent, um Streitkräften allein oder auch nur überwiegend die Kriegs- und Krisenprävention zu

überlassen. Damit stellt sich drittens die Frage der künftigen Sicherheitsstrukturen.

### Welche Sicherheit und wodurch?

Vorab soll man sich vor falscher Symmetrie und bedingten Reflexen hüten. Die falsche Symmetrie spricht von den «beiden Bündnissen» und verkennt, dass der Warschauer Pakt Stalins Kontroll- und Interventionsinstrument in Osteuropa war. Der bedingte Reflex liegt in dem Gedanken, nach dem Scheitern des Warschauer Paktes müsse die NATO sich ebenfalls aus Höflichkeit verabschieden. Tatsächlich aber war die Nordatlantische Allianz immer ein Bündnis mit politischen Zwecken und militärischen Mitteln, am wirkungsvollsten dadurch, dass sie nicht eingesetzt zu werden brauchten. Man muss sich nicht auf das Wort Lord Ismays einlassen: «*NATO is there to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.*» Tatsächlich hatte die NATO immer eine unsichtbare Agenda, dazu gehörten folgende Aufgaben:

- amerikanische Rückzüge, wie 1920, zu verhindern und die USA zur Garantiemacht der westeuropäischen Demokratien zu machen;
- das nukleare Potential Amerikas auf europäischem Boden zu verankern und politisch zur Eindämmung des Stalinismus zu nutzen;
- die deutsche Frage für Westeuropa friedlich und nach Osten — jedenfalls bis zur Oder-Neisse-Grenze — offenzuhalten;
- Frankreich und Deutschland die Chance der Versöhnung zu geben und der wirtschaftlichen Verschweissung der westeuropäischen Potentiale die Last des Militärischen zu nehmen;
- die älteren Gegensätze der Europäer, zumal im Mittelmeer, zu überwölben;
- den Abstieg der alten imperialen Mächte ohne Gewalt abzusichern;
- die nukleare Proliferation durch Ausweiten des nuklearen Schutzes zu begrenzen;
- die Rüstungskontrolle zu bündeln, zu organisieren und ohne Verlust an Sicherheit zu stabilisieren.

Alle diese Funktionen sind unverbraucht. Russland wird, auch wenn das Sowjetfurnier abfällt, nukleare Weltmacht und eurasische Grossmacht bleiben, mit Werten und einer politischen Kultur tief verschieden vom Westen. Selbst wenn Homogenität einträte, so würde die historische Erinnerung warnen, sich darauf zu verlassen. Bei Queen Victorias 70. Regierungsjubiläum waren alle Herrscher Europas zugegen, nannten einander Nicky und

Willy; ein Jahrzehnt später fanden sie sich im Krieg auf Leben und Tod. Verlässlich ist nur die existentielle Verflechtung, wie sie in der EG erreicht ist, aber im Ost-West-Verhältnis noch lange nicht besteht.

Die Sowjetunion hat in der gegenwärtigen Krise des europäischen Gefüges kaum noch Gestaltungsmacht, aber noch immer Vetomacht und Verhandlungsgewicht — und solange sowjetische Truppen in Ostdeutschland stehen, erhebliches Störpotential. Drei deutschlandpolitische Szenarien der Sowjets waren bis in den Juni/ Juli 1990 sichtbar, und jedes bedeutete ein anderes Europa:

- ein aufgeklärtes Szenario, das auf Integration und Bindung der Deutschen in EG und NATO setzt, und davon ausgeht, dass das gegenwärtige Deutschland das beste und berechenbarste ist, das es je gab;
- ein Szenario aus dem späten 19. Jahrhundert, das auf Kondominium über Deutschland mit dem Westen setzt und damit langfristig Krisen und eine deutsche Revolte vorbereitet, Risse in die EG trägt und Misstrauen in die NATO;
- endlich ein stalinistisches Szenario, das auf Bündnisfreiheit der Deutschen insistiert, damit Aushöhlen der NATO und Stagnation der EG betreibt und langfristig auf ein Super-Rapallo abzielt auf der Grundlage, dass die Deutschen nuklearen Schutz und weite Märkte bekommen, die Russen wirtschaftlich-technische Entwicklung und Tribute.

Wahrscheinlich — und erreichbar — war nur das erste, aufgeklärte Szenario, da die beiden anderen krisen- und spannungsträchtig sind und jenen schweren Konflikt mit dem Westen provozieren, den Russland heute und morgen unter allen Umständen vermeiden muss und auch im Bündnis mit Deutschland nicht bestehen könnte, zumal auch jedes deutsche wirtschaftliche Interesse westlich orientiert bleibt. Denn östlich der Oder gibt es nur Bedarf, aber keinen Markt. Politisch ist die neue deutsche Rolle mehr noch als die alte, nur via EG, NATO und KSZE zu spielen.

Im Zentrum der gegenwärtigen Krise europäischer Sicherheit steht, zuletzt und vor allem, Deutschland und die Deutsche Frage. Gestern war die Teilung das Problem, heute ist es die Einheit, und morgen wird es darum gehen, ob daraus ein Europa des Déjà-vu entsteht oder ein Europa der Integration und der gesicherten Sicherheit. So wie das Ringen um Deutschland den Kalten Krieg in der Mitte Europas einmal bestimmte, so werden Integration oder Nichtintegration Deutschlands das europäische System am Ende des Jahrhunderts bestimmen. Wir gehen wahrscheinlich noch in diesem Jahr auf eine Lage zu, in der die USA den Russen vieles bieten:

- ein START-Agreement,
- ein Chemical-Weapons (CW)-Abkommen,
- «Open Skies»,
- «Cocom»-Milderung,
- langfristige technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit, diese unterstützt durch deutsch-russische Kooperationen im Bereich Telecom, Transport und Energie, die schon beginnen, aber auch durch langfristige staatliche Absicherung von Investitionen.

Zugleich aber insistieren die USA auf einer entscheidenden Bedingung: keine sowjetischen Spiele mit Deutschland; Deutschland muss in der Atlantischen Allianz integriert sein, mit *self-restraints* im Osten des Landes. Langfristig ist das wahrscheinlich, auch im aufgeklärten sowjetischen Interesse; innenpolitisch bleibt es für Gorbatschow dann zu verkraften, wenn es Teil eines grossen Quid pro Quo ist. Die Gipfeldiplomatie des vergangenen Sommers scheint das erreicht zu haben

Die Frage der Sicherheit ist nicht zu Ende, sie stellt sich nur in grundlegend veränderter Form. Weder amerikanischer «*endism*» noch die deutsche Vision vom Ende der Machtpolitik sei nahe herbei gekommen, werden in Ost und West ernsthaft geteilt. Welche Antworten sind tragfähig?

#### *Das unsicherste System, die KSZE*

Als Diplomatenkongress hat die KSZE grosse und bedeutende Wirkung entfaltet und zur Veränderung Osteuropas beigetragen. Sie kann, wenn die Grossmächte *good will* einbringen, einfaches Krisenmanagement und Friedensstützung leisten, zumal in den Krisenzonen zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Aber als System europäischer Sicherheit wäre die KSZE überfordert.

- Zum einen, weil die Nordamerikaner nur qua NATO am europäischen Konzert substantiell beteiligt sind, und eine KSZE, die die NATO ersetzen sollte, einen Widerspruch in sich bilden würde. Denn die Stärke der KSZE ist abgeleitet, nicht originär.
- Zum anderen, weil es kollektive Sicherheit nur gibt, wo fundamentale Gemeinschaft der Werte und Interessen und ein Gleichgewicht der beteiligten Mächte bestehen. Beides ist seitens der Sowjetunion, wenn man realistisch bleibt, nicht absehbar. Wird aber die KSZE überbürdet, erleidet sie das Schicksal des weiland Völkerbunds oder der Vereinten Nationen. Die KSZE wird weiterhin als Ost-West-Forum gute Dienste leisten, Kompromissen dienen, vielleicht einen *Code of Conduct* entwickeln und zudem ein Kenntnisnahmerecht beim europäischen Vertragswerk mit und über Deutschland haben; sie wird Institutionen

haben, insbesondere im Bereich Verifikation und Umwelt. Aber kein Land wird ernsthaft seine Sicherheit der KSZE anvertrauen. Denn ihre Garantien, z. B. gegen sowjetische *second thoughts*, stehen nur auf dem Papier.

### *Die Europäische Gemeinschaft*

Der wohlberechnete Fahrplan der EG für 1992 und weiter ist durch die drei Revolutionen im Osten überholt im Wortsinne *overtaken by events*. Und die deutsche Revolution in der Mitte des europäischen Systems wirft für die EG Fragen strategischer Grössenordnung auf. Sie erweist sich, wie am Anfang, als grosses und effektives System, welches Hegemonie aus einer zerstörerischen zu einer produktiven Kraft macht. Aber kann die EG über den wirtschaftlich-sozialen Ausgleich hinaus Sicherheit im militärischen Sinn schaffen? Zwei Argumente sprechen auf absehbare Zeit dagegen:

1. Die EG wird als «*fédérateur*» und Ausgleichsmacht nach Osten zu wirken haben. Denn die Misere Osteuropas und die *vieux démons*, die dort hausen, erzwingen dies. Damit aber verträgt sich keine westeuropäische Verteidigungsrolle.
2. Die EG muss mit dem deutschen Machtzuwachs fertigwerden: Als Frankreich und Grossbritannien die Nuklearwaffe erwarben, stiegen sie wieder in die Grossmachtklasse auf. Jetzt aber sind sie aus einer Mittelposition des atlantisch-europäischen Verhältnisses in eine europäische Randposition gerückt; das vereinte Deutschland hat die nukleare Klasse übersprungen und ist, zumal die Viermächteprivilegien auslaufen, weniger steuerbar und kontrollierbar. Das Nukleare wird als Ost-West-Machtwährung unwichtiger, aber wichtiger als Mitbringsel in das künftige Europa. Noch mehr als früher lässt Frankreich das Wort des Generals de Gaulle gelten: «*Le nucléaire ne se partage pas.*» Das heisst, dass eine europäische Verteidigungsgemeinschaft neuen Stils, so notwendig sie wird, nicht Aussenseite der EG sein kann, sondern nur denkbar ist als Innenseite des Atlantischen Vertrags, mit Nordamerika in der Doppelrolle als *nuclear lender of last resort* gegenüber der Sowjetunion, und als der allein schon durch seine Präsenz wirkender «*fédérateur*» europäischer Gegensätze.

In einer idealen Welt würde Europa, nuklear oder nicht, sich militärisch integrieren und die amerikanische Supermacht entbehrlich machen. In der realen Welt ändert sich lediglich die Rolle dieser Supermacht, am sichtbarsten mit Blick auf Deutschland: Die USA sind nicht länger Mehrheitsaktionär der Vier Mächte, nicht mehr Treuhänder der Deutschen Einheit

und nicht mehr Schutzpatron in Berlin. Diese Rollen sind mit Erfolg zu Ende geführt. Amerika wird aber im grossen neuen Spiel des europäischen Gleichgewichts ein vitales Interesse haben, und dafür bringt es die erweiterte Abschreckung ein und verpfändet seine eigene Existenz, um, diesmal präventiv, die europäische Doppel-Balance zu halten: West-West ebenso wie Ost-West.

### *Welche NATO?*

Damit ist nach der atlantischen Allianz und der NATO, nach dem weiteren Vertrag und der engeren Organisation zu fragen. Sowohl für die Substanzsicherung der KSZE und der Rüstungskontrolle als auch für den strategischen Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ist die NATO wichtig, ja unersetzlich. Aber von welcher NATO ist die Rede? Folgende Veränderungen zeichnen sich ab und sind inzwischen durch den Londoner NATO-Gipfel Teil der Politik geworden:

- Der Wettlauf zwischen einseitiger *peace dividend* und vertraglicher Rüstungskontrolle mit dem Osten wird die militärische Organisation auf jeden Fall erheblich schlanker machen. Die multinationalen Korps werden das alte «*layer-cake*»-System der «Vorneverteidigung» ersetzen.
- Die sowjetischen Rückzüge und der Zerfall des Warschauer Pakts erlauben es, aus der dauernden Vorkriegsspannung in einen Zustand der wachsamten Entspannung überzugehen: das bedeutet geringere Zahlen, höhere Beweglichkeit, mehr Intelligenz.
- Rüstungskontrolle und Verifikation, das heisst Information über das Dispositiv der Gegenseite und Sicherung gegen Überraschungen, werden einen massgeblichen Teil der Sicherheit ausmachen, fordern allerdings weit vorausschauende Krisenprävention und die Fähigkeit, im Fall des Falles rechtzeitig und mit Mass zu reagieren.
- Das heisst, die *reconstitution capacity* der Zukunft wird wichtiger als die Vorneverteidigung der Vergangenheit: ihr Verhältnis bestimmt, wo qualitativ und quantitativ dauerhaft der Schlussstrich der Abrüstung zu ziehen ist.
- Die amerikanische Präsenz wird sich weiter auf ein Mass reduzieren, das zwischen den Sparwünschen des Kongresses der Navy und Marine einerseits, dem Bedarf der Europäer an *reassurance* und dem Weltmachtinteresse der USA andererseits liegt. Dabei sind nicht absolute Zahlen entscheidend, und man sollte sie nicht zum Glaubensbekenntnis steigern. Oberhalb von Hunderttausend bedeuten sie viel und wenig zugleich. Es kommt auf die militärische Konfiguration und das politische Umfeld an.

- Das Nukleare wird an Zahl zurückgehen, landgestützte amerikanische SNF haben keine Zukunft mehr, wohl aber luft- und seegestützte Systeme im Kurz- und Mittelstrecken-Bereich. Im übrigen aber muss man die Entwicklung in Richtung auf ein abgestimmtes Abschreckungssystem nach START I sehen: 2000 strategische Gefechtsköpfe auf beiden Seiten gelten als ausreichend für Stabilität und Kriegsprävention. Zur selben Zeit erreichen indessen die britischen und französischen Systeme eine Grössenordnung, die sie unausweichlich in die Rüstungskontrolle einführt. Hier stehen erhebliche West-West-Spannungen bevor.

### **Welches Deutschland in welchem Europa?**

Die Welt ist revolutionär verändert, Sicherheit wird unverändert gebraucht. Die Geschichte macht eine Pause, aber sie setzt kein Ende. Machtpolitik begann nicht mit dem Kalten Krieg und endet auch nicht mit ihm. Der Kalte Krieg war eine Extremsituation, die jetzt zu Ende geht. Eine Normallage stellt sich her. Die *vieux démons* sind unterwegs, und ihnen gesellen sich die neuen apokalyptischen Reiter der «*Global challenges*» zu. Deutschland, Bruchlinie der geteilten Welt, rückt als wirtschaftliche Grossmacht wieder in das Zentrum des europäischen Systems. Sicherheit wird es sich auf lange Zeit hauptsächlich vom Westen borgen müssen. Deutschlands Unglück lag in Sonderwegen, Deutschlands Erfolg lag und liegt in der atlantischen und europäischen Integration — nirgendwo sonst.

Wer heute Neutralität oder Bündnisfreiheit sucht, entzieht der EG den Rahmen und macht die KSZE zum Völkerbund. Er wird morgen vor einem neuen Nationalismus stehen und vor der Wahl, deutsche Nuklearwaffen zu entwickeln oder von anderer Seite nuklearen Schutz zu borgen. Das Geheimnis der Nachkriegszeit lag in beidem: amerikanischer Präsenz in Europa und europäischer Integration. Beide Kräfte haben die Deutsche Frage festgehalten und ihr einen beruhigenden Kontext gegeben. So wurden aus Besiegten des Zweiten Weltkriegs Verbündete des Westens und Partner des Ostens. Europäische Integration und europäisches Verhandlungsgewicht vis-à-vis der Sowjetunion sind nicht ohne amerikanische Präsenz zu haben. Ohne Amerika in Europa wäre die europäische Integration nicht mehr im Gleichgewicht.

Das Ende der Nachkriegszeit anzukündigen, ist nicht mehr originell. Es vollzog sich abschliessend 1989. Jetzt geht es um das Sicherheitssystem der nächsten Jahrzehnte; da beginnt die Welt nicht bei Null, die Politik wird nicht neu erfunden. Es bleiben Kernprobleme: Amerikas europäische Rolle sucht Verankerung, Russlands imperialer Niedergang bedarf der äus-



seren Beruhigung, Westeuropas Einigung braucht Dynamik und Gleichgewicht, die Integration des deutschen Potentials ist notwendig. Nicht alle Lehren der Vergangenheit sind im Papierkorb gelandet, nicht alle Institutionen haben ausgedient. Im Gegenteil: die NATO sucht eine neue Rolle, ebenso die EG; auch die KSZE kann Nutzen stiften

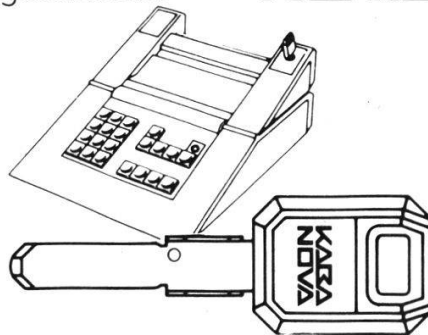
Am letzten Tag des Friedens 1914 sagte der britische Aussenminister Sir Edward Grey: «*The lamps are going out all over Europe, and we shall not see them lit again in our lifetime.*» 1989 haben die Lichter geflackert. Damit sie wieder leuchten, braucht es Klugheit, Realismus und Kaltblütigkeit, besonders bei den Deutschen. Denn Brennpunkt des dreissigjährigen Kriegs von 1914 bis 1945 war Deutschland, der Kalte Krieg seitdem war in Europa der deutsche Erbfolgestreit. Das System, das jetzt entsteht, wird von Deutschland nicht absehen, sondern Deutschland wird wieder der Platz sein, wo sich Gleichgewicht oder Hegemonie entscheiden. Die *vieux démons* werden obsiegen oder die Kraft der Vernunft.

---

## Der Schlüssel zur elektronischen Sicherheit.

KABA NOVA ist das Schliesssystem, das KABA-Präzisionsmechanik mit modernster Mikroelektronik verbindet: Ihre Sicherheit ist programmiert.

**KABA®  
NOVA**



Bauer Kaba AG, Postfach,  
CH-8620 Wetzikon